

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **29 (1949-1950)**

Heft 9

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York, die man wohl gerne jeweils als das Spiegelbild der augenblicklichen weltpolitischen Lage ansieht, hat ohne Zweifel einen enttäuschenden Verlauf genommen. Die machtpolitischen Gegensätze sind nämlich diesmal in ganz besonderer Schärfe aufeinandergeprallt und viele Leute sehen wieder einmal den dritten Weltkrieg in mehr oder weniger unmittelbarer Nähe gerückt. Eine Atmosphäre der Furcht scheint weit herum verbreitet und ihre Ausdrucksfähigkeit muß außerordentlich stark sein, so daß beispielsweise der indische Ministerpräsident Pandit Nehru, der den Westen in verhältnismäßig kurzer Zeit bereiste, als schlüssigen Gesamteindruck einen offensichtlichen Angstzustand der gesamten westlichen Welt wiedergab. Damit hat der indische Ministerpräsident der sowjetischen Propaganda wahrscheinlich ungewollt einen nicht unwesentlichen Dienst erwiesen. Dem Westen aber wird auf diese Weise insofern Schaden zugefügt, als die Wiedergabe solcher Eindrücke wohl wie kaum etwas anderes geeignet ist, angriffslustige Elemente in ihren bösen Absichten zu bestärken. Aber im Grunde ist das eben nun weniger die Schuld Pandit Nehrus, als die Schuld des Westens selbst, der sich in eine solche Psychose hineinjagen läßt. Tatsächlich besteht nämlich die

ganze schwere Problematik eines Krieges

ebensogut für die Russen wie für den Westen. So wird durch die propagandistisch aufs äußerste vorgetriebene Erkenntnis, daß nunmehr auch die Sowjetunion über Atombomben verfügt, die Tatsache keineswegs aus der Welt geschafft, daß eben auch die Vereinigten Staaten über Atombomben verfügen, und zwar, mit allen sich daraus ergebenden Vorteilen, offenbar bereits viel länger als ihr Gegner. Gewiß hat sich nun das Angriffspotential der Sowjetunion verstärkt, und sie kann ihrem Gegner anders gegenüberreten, als wenn sie keine Atombomben hätte. Aber das Risiko eines Angriffs hat sich für sie damit grundsätzlich nicht im mindesten geringer gestaltet, denn durch die Bekanntgabe dieser Tatsache wird nicht nur die Atombombenproduktion, sondern auch die allgemeine Rüstung der Vereinigten Staaten und des gesamten Westens verstärkt. Auch sind alle übrigen Schwierigkeiten, mit denen sich die Sowjetunion auseinandersetzen hat, inzwischen keineswegs geringer geworden. Nach wie vor hält sich Jugoslawien in selbständiger Stellung, und Tito denkt nicht daran, abzudanken. So mußte nun der Partisanenkrieg in Griechenland endgültig liquidiert werden, während im gesamten übrigen Balkan eine erkennbar unsichere Stimmung eingezeichnet ist. Heute erweist sich, nach Ungarn, auch in Bulgarien die Notwendigkeit, einen «Säuberungsprozeß» zu inszenieren, denn die Titosche Propaganda hat offensichtlich nicht unerheblich über die mazedonischen

Grenzen geschlagen. Bitterböses steht es in Albanien, wo das Regime sich nur mit größter Mühe zu halten vermag. Was die Verhältnisse in der Tschechoslowakei betrifft, so sind sie erneut schwieriger geworden, was aus der Tatsache der zunehmenden Verhaftungen leicht zu ersehen ist. Und was endlich Polen anbelangt, so kann die Ernennung des Marschalls Rokossowski auch im russischen Sinne nichts anderes als einen durchaus zwiespältigen Eindruck hinterlassen. Denn damit sieht sich der polnische Staat faktisch doch eigentlich wieder in den Status des Generalgouvernements aus der zaristischen Zeit zurückversetzt, wie denn überhaupt die allgemeine politische Linie Rußlands heute sich immer mehr den zaristischen Traditionen anpaßt. Jedenfalls ist es äußerst zweifelhaft, ob durch diese Maßnahmen das kommunistische Regime in Polen tatsächlich gestärkt wird, denn auf der andern Seite werden in der Folge die nationalistischen Strömungen und der starke Wille des polnischen Volkes nach Unabhängigkeit vermehrt zum Ausdruck kommen. Ganz ungeklärt sind vorerst noch die Verhältnisse in China. Je stärker dort der Sieg der kommunistischen Bewegung zum Ausdruck kommt, um so stärker hebt sich zwar, ganz allgemein, das Prestige der Sowjetunion auf dem weltpolitischen Felde, — ebenso stark aber erheben sich damit die Zweifel darüber, ob es

1. der siegreichen Bewegung gelingen kann, das ungeheure Land zu pazifizieren, was nach allen bisherigen Erfahrungen eine Voraussetzung für den Bestand des neuen Regimes wäre, und ob es
2. der Lauf der Entwicklung am Ende nicht so bestimmt, daß auch aus dieser siegreichen Gruppierung eine eigentlich nationalistische Position hervorgeht, welche den sowjetischen Interessen natürlich auch wieder nicht konform wäre.

Damit aber ist zugleich das Problem aufgeworfen, in welcher Weise sich die Ausstrahlungen des neuen Regimes in China im übrigen Fernen Osten und in Indien auswirken werden. Und was eben Indien betrifft, so hat die Reise Pandit Nehrus bisher durchaus den Eindruck hinterlassen, daß dieses Land keineswegs etwa den Anschluß an die kommunistische Position sucht, sondern im Gegenteil zwischen den Blöcken stehen will. Damit eröffnen sich aber auf diesem unermesslichen Felde die größten Möglichkeiten zur Durchführung des Punktes 4 des Truman'schen Programmes, der die Entwicklung rückständiger Gebiete zum Gegenstand hat. Wird hier das amerikanische Kapital richtig eingesetzt, so können sich zweifellos weitreichende Konsequenzen ergeben. Gerade in diesem Punkt wieder enthüllt sich erneut die schwere Problematik, vor der die sowjetrussische Politik steht, in einem besonderen Bereiche: die Problematik nämlich, daß die Welt, so weit sie nicht unter direktem russischen Einfluß steht, dank dem Einsatz der Vereinigten Staaten entweder bereits eine deutliche Erholung und Sicherung, oder dann die offenbaren Möglichkeiten dazu aufweist, während Rußland in seinem Raume dem nichts anderes als die Herrschaft des Terrors gegenüberzustellen hat — des Terrors, unter dessen Druck die Leute dort nur darauf warten, daß es irgend einmal Luft gibt, um sich zu regen. Gewiß, die Sowjetunion könnte den Krieg beginnen: aber damit würde Stalin nicht nur seinen heutigen Machtbereich gefährden, der, historisch gesehen, praktisch ein nie dagewesenes Ausmaß besitzt, indessen erst noch dringend der Konsolidierung bedarf; — er würde darüber hinaus die Existenz seines eigenen Landes überhaupt aufs Spiel setzen.

Jann v. Sprecher

Brief aus Deutschland

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Nach Mitteilungen von gut unterrichteter Seite wird die Sowjetunion in gleichem Maße, in dem sich ihre Macht in der sowjetisch besetzten Zone durch den Ausbau der Volkspolizei festigt, bereit sein, eine Verständigungspolitik gegenüber dem Westen zu betreiben. Selbstverständlich wird aber Rußland nicht einen Fuß breit seines Einflusses in Mitteleuropa oder in Deutschland aufgeben. Man ist allenfalls bereit, die Methoden zu ändern, um Zeit zur Durchführung der eigentlichen Ziele zu gewinnen. Einen ermunternden Eindruck soll im russischen Hauptquartier der

Besuch des französischen Oberkommissars François-Poncet in Karlshorst

hinterlassen haben. Nach russischer Auffassung habe der französische Oberkommissar unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich im Prinzip mit der Oder-Neiße-Linie einverstanden sei, und gegen eine dauernde Spaltung Deutschlands in einen West- und einen Oststaat nichts einzuwenden habe. Nach der Auffassung in Karlshorst werde deshalb Frankreich auf den kommenden Konferenzen in allen Fragen, welche die Oder-Neiße-Linie betreffen und die eine Fortdauer der jetzigen Besatzungspolitik mit der Einteilung Deutschlands in Zonen zum Gegenstand haben, mit Rußland zusammenarbeiten. Nach russischer Auffassung rechne Frankreich mit der endgültigen Teilung Deutschlands, und es werde auch in der Berliner Frage zu einem Kompromiß geneigt sein.

Gestützt auf die veränderte politische und soziale Struktur der Ostzone, sowie auf die französische Bereitschaft zu einem Kompromiß zwischen West und Ost beabsichtigt die Sowjetunion, nach den vorliegenden Berichten, folgende Lösung des Ost-West-Problems vorzuschlagen:

1. Der westdeutsche Staat wird von der Sowjetunion anerkannt, und sie ist bereit, zuzustimmen, daß seitens der westlichen Alliierten mit dem westdeutschen Staat ein Friedensvertrag geschlossen wird.
2. Amerika, England und Frankreich anerkennen die Regierung der Ostzone und akzeptieren einen formalen Friedensschluß zwischen Ostdeutschland und der Sowjetunion.
3. Berlin erhält den Charakter eines Freistaates und eine eigene Währung, bekommt ferner einen von der russischen Kontrolle freien, ungehinderten Zugang nach Westdeutschland.
4. Die Sowjetunion ist bereit, Deutschland und Österreich im Frühsommer 1950 militärisch zu räumen, vorausgesetzt, daß auch die Westmächte den westdeutschen Staat räumen.
5. Läßt sich hinsichtlich einer totalen Räumung Deutschlands keine Einigung erzielen, so schlägt die Sowjetunion vor, daß sich die drei westlichen Besatzungsmächte mit ihrer bewaffneten Macht auf ein bestimmtes, örtlich beschränktes Territorium an der Grenze des westdeutschen Staates zurückziehen. Die Sowjetunion ist von sich aus bereit, die sowjetische Zone zu räumen und sich lediglich Garnisonen in den Kreisen Spremberg, Hoyerswerda, Kamenz, Bautzen, Görlitz und Zittau vorzubehalten.
6. Eine Beteiligung an der Ruhrkontrolle soll versucht werden, ist aber nicht Bedingung.

Die Sowjetunion soll, so heißt es in den Informationen, ihrer Sache sehr sicher sein. Zweifellos wäre in einem halben Jahre die Volkspolizei in der Lage,

die Ordnung im Sinne der Sowjetunion aufrechtzuerhalten. In den höheren Dienststellen würden selbstverständlich die Beauftragten des russischen Geheimdienstes verbleiben und dafür sorgen, daß sich in der Sowjetzone keine Opposition durchsetzt. Ein wichtiger Punkt der sowjetischen Vorschläge bestehe aber zweifellos in dem Plan, ihre Truppenkonzentrationen in dem

Gebiet des geplanten Wendenstaates

aufzurichten. Die Vorbereitungen für einen solchen Staat wären bereits weit gediehen. Die Leitung der wendischen Autonomiebewegung sitzt in Dresden; sie untersteht dem Sorbenführer Paul Nado. Seine Bewegung wird von der sowjetischen Militärverwaltung großzügig unterstützt. Zu seinem Stab gehört ein sowjetischer, ein tschechischer und ein polnischer Verbindungsoffizier. Im entscheidenden Augenblick soll unter dem Schutz der russischen Wehrmacht von den Mitgliedern der wendischen Organisation «Domowina» eine autonome wendische Republik ausgerufen werden. Mit diesem Staat würde sich die Sowjetunion eine Aufmarschbasis zwischen Berlin und Dresden sichern, würde also nach wie vor die Elbe beherrschen und könnte in wenigen Stunden die jetzige sowjetische Besetzungszone Deutschlands wieder besetzen. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß alle russischen Truppenkonzentrationen zur Zeit in diesem Raume erfolgen. Sowohl die Lager Jamlitz, Lieberose, Königsbrück, Großenhain und Kamenz liegen innerhalb oder am Rande des geplanten wendischen Staates.

Brief aus Österreich

Trotzdem nun seit den Wahlen schon Wochen vergangen sind, wollen sich die politischen Gemüter nicht recht beruhigen. Vielleicht ist der Grund dafür darin zu suchen, daß den ganzen Oktober hindurch an jedem Sonntag lokale Wahlen stattfanden — aber er reicht nicht aus, um das Maß an politischer Unruhe zu erklären, das sich jetzt in Österreich breit macht. Die Angriffe der einzelnen Parteien dauern weiter an, ja sie steigern sich noch, da das Duell zwischen der Volkspartei und den Unabhängigen nun noch weitere Partner gefunden hat, die bisher abseits standen: die Linksparteien. Besonders die Kommunisten, die ja an den «neofaschistischen» VdU fünf Landtagsmandate abgeben mußten, aber auch die Sozialisten, die erkennen müssen, daß doch weitaus mehr Arbeiter nach rechts abgewandert sind als man für möglich hielt, haben eine heftige Pressekampagne gegen die Unabhängigen eröffnet, von der man noch sehen wird, wo sie ihr Ende finden soll. Dabei braucht man sich nicht wundern, daß die Kommunisten für den VdU ein Kandidaturverbot in allen Betrieben fordern und nun auch die russische Besatzungsmacht alarmiert haben, deren Blatt sich die kommunistischen Anschuldigungen gegen die Kraus-Partei zu eigen macht.

Die Sozialisten hielten es nach den für sie wenig erfolgreichen Wahlen für notwendig, einen

außerordentlichen Parteitag

nach Wien einzuberufen, um dort alle Fragen der politischen Taktik vor einem größeren Forum zur Sprache zu bringen. Der Parteivorsitzende, Vizekanzler Dr. Schärf, hielt das politische Referat, in welchem er den Fortbestand der bisherigen

Koalition befürwortete, da das — besonders von Delegierten aus den westlichen Bundesländern geforderte — Zusammengehen mit den Unabhängigen zunächst nicht in Frage komme. Die Gründe waren durchaus einleuchtend: niemand wisse — so sagte Dr. Schärf —, was aus dieser losen Wahlgemeinschaft der Unabhängigen werden würde, und dann brauche Österreich gerade für den Staatsvertrag eine starke Koalitionsregierung. In der recht heftigen Debatte wurde eine Zusammenarbeit mit dem VdU verworfen und der Weiterbestand der bisherigen Koalition — allerdings unter bestimmten Bedingungen — empfohlen. Deutlich war in dieser Atmosphäre schon die Wirkung der kommunistischen Propaganda, besonders in den Fabriken, zu bemerken, deren Taktik darauf ausgeht, den Sozialisten höchstens die Koalition mit der Volkspartei offen zu lassen, die Unabhängigen aber zu «Neonazis» zu stempeln. Dies gelang und als einige Vertrauensmänner aus Ober-Osterreich anderer Meinung waren, wurden sie mit höhnischen «Heil Hitler»-Rufen bedacht. Ein Teil der Delegierten, besonders der Jugend, war für Austritt aus der Koalition — was ja die Kommunisten sehr begrüßen würden.

Der sozialistische Parteitag endete mit einem Vertrauensvotum für den Parteivorstand, der beauftragt wurde, nur dann an der Regierung teilzunehmen, wenn das Innenministerium weiterhin in sozialistischen Händen bleibe und zudem noch ein Wirtschaftsministerium an die Sozialisten abgetreten werde.

Genau vier Wochen nach den Wahlen wurde die Zusammensetzung der

zweiten Regierung Figl

verlautbart. Sie wies nur drei neue Männer auf, doch wurde die Zahl der Minister von 15 auf 11 herabgesetzt. Die Verhandlungen, die zur Bildung des neuen Kabinetts geführt hatten, gestalteten sich stellenweise sehr schwierig, und hatten bereits einmal fast zur Zurücklegung des Auftrages durch den designierten Bundeskanzler Figl geführt. Schließlich blieb aber der Volkspartei nichts anderes übrig, als die Forderungen der Sozialisten zu erfüllen. Gerade wegen der Abgabe des Planungsministeriums (das sieben Zehntel der österreichischen Industrie verwaltet) kam es im Schoß der Volkspartei zu schweren Auseinandersetzungen, die dazu führten, daß der Arbeiter- und Angestelltenbund der Volkspartei nicht mehr an der Regierung teilnimmt — eine Entscheidung, deren Folgen man noch nicht absehen kann, die aber in Tirol bereits zu einer Trennung dieses Bundes von den beiden anderen geführt hat.

Der Mann, auf den man große Hoffnungen setzt, ist der neue Finanzminister Dr. Eugen Margaretha, ein Abgeordneter der Volkspartei, der eine umfassende Kenntnis der Materie besitzt und auch auf eine längere Praxis in der Wirtschaft zurückblicken kann. Während des Krieges weilte er in leitender Stellung in der Schweiz, da er nach dem Anschluß in Österreich für sich keine beruflichen Aussichten mehr sah. Dr. Margaretha kündigte eine Herabsetzung der Einkommensteuer an und wird auch den noch von seinem Vorgänger eingebrachten Riesenhaushalt von 9 Milliarden Schilling einer ernstlichen Überprüfung unterziehen, da Budgetposten von solcher Höhe als kaum tragbar erscheinen. Man wird sich nun während der Etatdebatte bemühen, einige Posten zu senken, aber eingeweihte Kreise glauben nicht daran, daß man den Voranschlag wieder auf 6 Milliarden Schilling reduzieren könne, wie das nicht nur die Opposition fordert.

Der neue Planungsminister ist der bekannte sozialistische Wirtschaftsfachmann Ing. Karl Waldbrunner, der schon früher als Staatssekretär in diesem Ministerium tätig war. Als Elektroingenieur weilte er 1932—37 in der Sowjetunion und wurde vor zwei Jahren von der Regierung auf den Posten eines Gesandten in Moskau gesetzt, von dem er aber schon bald wieder schied, weil er dort keine Wirkungsmöglichkeiten für sein Land sah. In seine Hände ist heute eine so große wirtschaft-

liche und politische Macht gelegt, daß Beobachter sagen, die Sozialistische Partei habe zwar die Wahlen verloren, die Regierungsbildung aber gewonnen.

Während in Osterreich diese politischen Ereignisse vor sich gingen, erlebten die Preise einen Aufstieg, der zu einer ernststen Beunruhigung des Wirtschaftslebens wurde. Diese Exzesse geschahen in Erwartung der

Schillingsabwertung,

von der schon Politiker beider Regierungsparteien gesprochen hatten, die man aber bis nach der Regierungsbildung hinausgeschoben hatte. Nur in den wenigsten Fällen waren die Preissteigerungen gerechtfertigt, zumal ja besonders die inländischen Produzenten keinerlei höhere Gestehungskosten zu verzeichnen hatten. Aber die Bauern begannen bereits, die Kartoffeln zurückzuhalten, wodurch sich große Preissteigerungen ergaben, die eine starke Erregung besonders der Wiener Bevölkerung auslösten. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Johann Böhm, den die Kommunisten wegen seiner Verhandlungsbereitschaft und Konzilianz immer wieder angreifen, sah sich veranlaßt, die Regierung aufzufordern, sofort die alte Relation zwischen Löhnen und Preisen wieder herzustellen, da sonst die Gewerkschaften eine allgemeine Lohnbewegung einleiten würden. Um die Preise wieder herabzudrücken, wurden größere Importe genehmigt und zu gleicher Zeit die Preiskommissionen wieder in Tätigkeit gesetzt, was aber kaum einen entscheidenden Erfolg bringen dürfte. Auch ein Kartellgesetz und die Beseitigung des funktionslosen Zwischenhandels (der die Waren nicht selten um 100 % verteuert) soll nun in dieser Richtung eingreifen. Bemerkenswert ist übrigens, daß auch die Sprecher des Wirtschaftsbundes — also der Produzentenkreise — sich von den Preisexzessen distanzieren.

Wer die vergangenen Jahre in Osterreich gelebt hat und jetzt die neuerliche Erschütterung seines wirtschaftlichen Gefüges durch die Spekulation beobachten kann, der wird sich über die Sorglosigkeit dieser Parasitenschicht seine Gedanken machen. Die Sozialisten haben die Unternehmer schon des öfteren gewarnt, auf die schwer ringenden Schichten Rücksicht zu nehmen, da sonst ernstlich die Gefahr einer Radikalisierung besteht. Wie man sieht, hat all' das wenig genützt, da die Gier nach «Business» immer wieder alle Erwägungen der Rason zum Schweigen bringt. Gerade in einem Land am Eisernen Vorhang ist das aber ein sehr gefährliches Spiel.

Brief aus der Türkei

Man schreibt uns aus Ankara:

Obwohl — mindestens bis zu den für Mitte nächsten Jahres zu erwartenden allgemeinen Wahlen — die Bildung eines Kabinetts, das nicht ausschließlich aus Mitgliedern der seit Gründung der Republik in monopolähnlicher Stellung befindlichen Volkspartei zusammengesetzt ist, ausgeschlossen erscheint, beweisen die seit Kriegsende in mehr oder minder kurzem Abstände aufeinander folgenden Regierungsänderungen, daß (immer abgesehen von der Außenpolitik) keine Stabilität in den politischen Verhältnissen des Landes besteht. Sowohl in der Innen- als auch namentlich in der Wirtschafts- und Finanzpolitik macht sich das Fehlen eines klaren Programms, einer einigermaßen stetigen Linie immer stärker bemerkbar.

Seit unserem letzten Bericht (siehe Heft 3 der «Schweizer Monatshefte» vom Juni 1949) ist nun zwar keine eigentliche Regierungskrise ausgebrochen, doch mußten bereits wenige Monate, nachdem die Regierung Semsettin Günaltay ihr Amt angetreten hatte, einige Umbesetzungen erfolgen. Diese wurden nötig infolge der Tatsache, daß der Minister für Marshallplan-Angelegenheiten, Nurullah Esat Sümer (der in der Folgezeit zum Botschafter in Kanada ernannt wurde), demissionierte. An seine Stelle trat der bisherige Handels- und Wirtschaftsminister Cemil Sait Barlas, der seinerseits durch einen anderen Vertreter der «Jungen» innerhalb der Volkspartei, Dr. Vedat Dicleli, ersetzt wurde. Gleichzeitig wurde ein neues Ministerium für wirtschaftliche Staatsbetriebe geschaffen, das Münir Birsal anvertraut wurde. Hatte bis unmittelbar vor der Kabinettsumbildung der Plan bestanden, das erst zu Beginn des Jahres mit dem Wirtschaftsministerium vereinigte Handelsministerium unter straffer Führung neu zu organisieren, so erfolgte also nunmehr eine abermalige Zersplitterung der Zuständigkeiten, die außer aus rein personellen Gründen schwerlich zu rechtfertigen sein dürfte.

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen stehen durchaus schon im Schatten der kommenden Wahlen. Daß die bisherigen Methoden, die im wesentlichen darauf hinausliefen, der herrschenden Volkspartei ihr Monopol zu sichern und weniger theoretisch als in ihrer praktischen Handhabung nicht mit dem Demokratisierungsprozeß zu vereinbaren waren, von dessen Notwendigkeit heute im Grunde alles überzeugt sind — daß diese Methoden reformbedürftig sind, ist von der Regierung offen anerkannt worden. Demgemäß betraute sie einen aus in hohen Verwaltungs- und Justizstellungen befindlichen Persönlichkeiten und einigen Professoren zusammengesetzten «wissenschaftlichen Ausschuß» mit der Ausarbeitung des Entwurfs eines neuen Wahlgesetzes, der die Durchführung des Grundsatzes wirklich geheimer, allgemeiner Wahlen gewährleisten und den Wünschen der Opposition weitgehend Rechnung tragen soll. Das Ergebnis der Tätigkeit dieses Ausschusses liegt zur Zeit noch nicht vor, doch haben schon jetzt die beiden größten Oppositionsparteien, die offenbar laufend über den Fortgang der Arbeiten unterrichtet werden, in offiziellen Verlautbarungen zum Ausdruck gebracht, daß ihres Erachtens die Ausschuß-Vorschläge keine genügenden Garantien für eine freie Ausübung des Wahlrechts sowie eine zuverlässige Kontrolle der Wahlergebnisse bieten. Es sei hinzugefügt, daß der Dekan der juristischen Fakultät der Universität Istanbul kürzlich auf seinen Sitz in dem genannten Ausschuß mit der Begründung verzichtete, daß dieser nicht mit der erforderlichen Wissenschaftlichkeit und Unabhängigkeit arbeitete.

Trotz allem steht jedoch zu vermuten, daß

die nächstjährigen Wahlen

wenn auch vielleicht noch nicht hundertprozentig, so doch jedenfalls in weit höherem Maße als die von 1946 den wirklichen, frei geäußerten Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringen werden. So wie die Dinge im Augenblick liegen, darf man annehmen, daß infolgedessen die Opposition weit stärker im Parlament vertreten sein wird als das gegenwärtig der Fall ist. Ob es ihr — und das heißt in erster Linie: den Demokraten — allerdings gelingen wird, die Mehrheit zu erringen, erscheint sehr zweifelhaft. Tatsächlich ist nämlich die Volkspartei auf dem flachen Lande, insbesondere in Ostanatolien, noch immer weit besser und straffer organisiert als Demokratische und Nationalpartei. Das zeigte sich jüngst auch wieder bei den Nachwahlen, die Anfang Oktober stattfanden. Es ist zwar richtig, daß bei diesen noch das alte, unvollkommene Wahlgesetz Anwendung fand — eine Tatsache, welche die Opposition veranlaßte, ihren Anhängern Stimmhaltung anzuempfehlen. Aber auch wenn man das in Rechnung stellt und die von amtlichen Stellen veröffentlichten Wahlbeteiligungsziffern nicht als absolut glaubwürdig ansieht, so

dürften diese doch mindestens relativ die wirkliche Situation ungefähr richtig widerspiegeln. In dieser Hinsicht nun konnte man, wie angedeutet, feststellen, daß die Wahlbeteiligung in den größeren Städten kaum über 20 % hinausging, in den überwiegend agrarischen Ostprovinzen aber um 50 % sich bewegte. Im letzten Augenblick wurde bei diesen Wahlen als «unabhängiger» Kandidat *Rauf Orbay*, früherer Ministerpräsident und Botschafter in den USA, vorgeschlagen, doch vermochte diese ausgezeichnete Persönlichkeit teils infolge unzulänglicher Propaganda, teils wegen der Stimmenthaltungssparole der Oppositionsparteien nicht genügend Stimmen auf sich zu vereinigen, um ein Mandat zu erringen.

Nach wie vor bereitet der Regierung

die wirtschaftliche Entwicklung

schwere Sorgen. Im Mittelpunkt der Erörterung stehen außenhandels- und währungspolitische Fragen, wobei zu bedenken ist, daß in einem Lande wie der Türkei das Gesamtwirtschaftsleben in weitem Maße durch die Ausfuhrverhältnisse bestimmt wird.

Obwohl vor drei Jahren eine sehr erhebliche Abwertung des türkischen Pfundes erfolgte, zeigte sich schon bald danach, daß diese Maßnahme nur eine unter vielen war, die dem bloßen Kurieren von Symptomen dienen, nicht aber an die Wurzeln des Übels herangehen. Zur Charakterisierung der gegenwärtigen Lage sei erwähnt, daß der schwarze Kurs des Schweizer Frankens heute (wie bereits vor der letzten, von England ausgehenden Devaluationswelle) zwischen 1,00 und 1,10 Türkipfund beträgt, gegenüber einem offiziellen Kurs von nur 0,67 bzw. (seit dem 27. Oktober, an dem eine ziemlich undurchsichtige, auf den Franken beschränkte «Aufwertung» des Türkipfundes um rund 3 % erfolgte) 0,64. Natürlich ist unter diesen Umständen der offizielle Kurs weitgehend nur fiktiv, und der schwarze gewinnt desto mehr faktische Bedeutung, je geringer die Zuteilung von «hard money»-Devisen wird.

Nachdem eine Zeitlang in Wirtschaftskreisen die Auffassung vorgeherrscht hatte, die Regierung werde nolens volens dem Beispiel der übrigen Länder folgen und zu einer neuerlichen Abwertung schreiten, hat sich, im Gefolge mehrerer amtlicher Verlautbarungen, die eine diesbezügliche Absicht der Regierung energisch dementierten, die Ansicht durchgesetzt, daß eine zweite Devaluation jedenfalls für die nähere Zukunft nicht zu erwarten steht. In der Tat spricht vieles dafür, daß man zunächst versuchen wird, am bestehenden Kurs trotz dessen Künstlichkeit festzuhalten. Da sich 1946 gezeigt hat, daß man nicht in der Lage ist, die zum nachhaltigen Erfolg einer Abwertung erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Kredit- und Preispolitik durchzuführen, fürchtet man mit Recht, daß eine weitere Herabsetzung des Außenwerts der Währung eine neue Teuerungswelle auslöse, die sowohl (wie 1946—47 zu beobachten) in kürzester Frist die Exportmarge wieder zum Verschwinden bringen als auch zu einer, speziell für die ohnehin in einer prekären Lage befindlichen Staatsbeamten verhängnisvollen weiteren Steigerung der Lebenshaltungskosten führen würde. Daß man sich aber eine solche am Vorabend allgemeiner Wahlen innenpolitisch nicht leisten zu können glaubt, ist wohl verständlich. Ist doch, wie aus einem der Regierung erstatteten Sachverständigenbericht hervorgeht, die Lage schon gegenwärtig so, daß trotz verschiedentlicher Besoldungsreformen die Kaufkraft der meisten Beamtengehälter um 40—50 %, die der höchsten gar um 55—65 % gegenüber dem Stand von 1938 gesunken ist. Kein Zweifel, nebenbei bemerkt, daß die gesunkene Leistungsfähigkeit und Moral gewisser Beamten-schichten mit dieser Entwicklung ebenso in ursächlichem Zusammenhange steht, wie die Aufblähung des Beamten- und Angestelltenapparates, die in der

Türkei wie in vielen anderen Ländern seit dem Kriege stattgefunden hat, eine Aufbesserung der Gehälter verhindert.

War schon vor der Abwertung des Sterlings usw. die Exportsituation für verschiedene türkische Erzeugnisse ungünstig, so hat sich die Lage in den letzten Wochen begreiflicherweise noch verschärft. Man hat sich angesichts der unzulänglichen Devisenzuteilungen weitgehend damit geholfen, Außenhandelsgeschäfte im Wege der Privatkompensation durchzuführen. Obwohl sich aber nun alle Welt darüber einig ist, daß dieser Weg kein Allheilmittel darstellt, vielmehr erheblich zu der Steigerung der Preise beigetragen hat, die im Gegensatze zur Weltmarktstendenz hier immer noch anhält, hat die Regierung dem Kompensationsverkehr — entgegen früheren Versprechungen — bislang kein Ende bereitet. (Der «Kompensationsdollar» kostet zur Zeit zwischen 4.50 und 5.— Türkpfund, gegenüber einem offiziellen Dollarkurs von 2.82.) Es ist schwer zu erkennen, wie die Regierung einen Ausweg aus dieser Sackgasse finden will. Man darf vielleicht annehmen, daß sie zunächst versuchen wird, durch leichte Deflationsmaßnahmen eine gewisse Preisbaisse zu erzwingen, um dann, sozusagen auf der «Wegmitte», schließlich doch eine mäßige abermalige Abwertung vorzunehmen.

Die bekannten

Hilfsmaßnahmen der USA

gehen weiter, doch wird von ihnen erst im Laufe einer längeren Zeit der erwartete Produktionsaufschwung ausgehen können. Von größerer aktueller Bedeutung dürfte sein, daß der Außenhandel mit Deutschland nunmehr wieder in Schwung zu kommen scheint. So erwünscht das aber auch in vieler Hinsicht sein mag, so ist doch nicht zu übersehen, daß bei den gegenwärtigen Zahlungsmethoden auch eine Wiederbelebung des Austauschverkehrs mit Zentraleuropa keine definitive Lösung der Schwierigkeiten mit sich bringen kann, die aus dem Ungleichgewicht des türkischen Produktions- und Preisgefüges resultieren.

Abschließend sei in diesem Zusammenhange bemerkt, daß der ökonomische und außenpolitische Einfluß der USA weiterhin durchaus dominierend ist. Die Amerikaner betrachten eben die Türkei, wie es kürzlich ein Vertreter der Hearst-Presse formulierte, als «eine ihrer Grenzen». Aber sie sind doch auf der anderen Seite auch zu gewiegte Geschäftsleute, als daß sie ihre Gelder wahl- und kontrollos investieren würden. Daher kommen immer wieder Experten ins Land, die sich durch eigenen Augenschein von der heutigen Lage und den künftigen Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft ein Bild zu machen suchen. Es ist bedauerlich, daß die meisten dieser Sachverständigen sich hier nur so kurz aufhalten, daß es ihnen nicht möglich ist, zu einem richtigen, wohlfundierten Urteil zu gelangen. Eine lobenswerte Ausnahme in dieser Beziehung bildet etwa Thornburg, dessen kürzlich (seitens des «Twentieth Century Fund») publizierter ausführlicher Bericht eine im wesentlichen zutreffende, im Positiven wie auch namentlich im Kritischen wohl-abgewogene Darstellung der herrschenden Zustände gibt. Wichtiger aber als solche vorübergehenden Besuche z. T. ausgezeichneten Sachverständiger dürfte eine längerwährende Tätigkeit von Spezialisten in Staatsbetrieben und Verwaltung sein; denn was nottut, sind nicht sowohl allgemeine Ratschläge, als vielmehr die faktische, rationelle Durchführung von Maßnahmen, die mehr oder minder übereinstimmend von in- wie ausländischen Experten schon seit vielen Jahren empfohlen worden sind.

Militärische Umschau

Steigende Militärausgaben

Der Voranschlag der Eidgenossenschaft für das Jahr 1950 überrascht durch das starke Ansteigen der Militärausgaben auf 466 Millionen Franken. Leider liegt im Augenblick erst die Botschaft des Bundesrates vor¹⁾. Der eigentliche Entwurf des Voranschlages ist noch nicht veröffentlicht worden. Die Botschaft scheint indessen Widersprüche zu enthalten. Aus den Tabellen der Seiten 7 und 9 ergeben sich Militärausgaben im Kostenbetrag von 470 Mio., gemäß folgender Aufstellung:

	Rechnung 1948	Vor- anschlag 1949	Vor- anschlag 1950	Differenz R. 48	gegenüber V. 49
	(in Millionen Franken)				
Gemeinkosten	10	11	11	+ 1	—
Bauten und Unterhalt	45	33	59	+ 14	+ 26
Sachausgaben	273	276	295	+ 22	+ 19
Personalaufwand	94,9	100,1	105,6	+ 10,7	+ 5,5
Total EMD	422,9	420,1	470,6	+ 47,7	+ 50,5

Aus den Tabellen S. 19 bis 26 dagegen ergeben sich folgende teilweise abweichenden Zahlen, wobei vor allem ein großer Unterschied bei den Personalaufwendungen in die Augen springt:

Behörden und Personal	96 758 850
Gemeinkosten	11 023 320
Grundstücke	59 333 500
Beschaffung von Kriegsmaterial	146 276 400
Übrige Sachausgaben	40 656 280
Aushebung, Schulen und Kurse	88 815 400
Sonstiger Aufwand	19 083 900
Bundesbeiträge	4 427 450
Total Ausgaben	466 375 100
Total Einnahmen	6 503 150
Ausgabenüberschuß	459 871 950

Die offensichtlichen Widersprüche sind nicht geeignet, das Vertrauen in die Vorbereitung des Voranschlages zu festigen. Laut Auskünften an die Presse kommen weitere im Voranschlag nicht enthaltene Militäraufwendungen im Betrage von 52 Mio. hinzu, die durch allgemeine Reserven und die Liquidation des Kapitaldeckungsfonds der Militärversicherung bereits gedeckt sind. Die tatsächlichen Militärauslagen belaufen sich somit insgesamt auf 518 Mio. Die vielgepriesene Universalität des Budgets ist somit auch im Voranschlag 1950 nicht erreicht. Nebenbei sei die Tatsache erwähnt, daß weitere Kreditbegehren der militärischen Dienstabteilungen im Betrage von 142 Mio. vom EMD zurückgestellt worden sind.

Die Zunahme der Kostengruppen für Bauten und Unterhalt ist vor allem bedingt durch den Wiederaufbau der Festung Dailly und durch den Bau von Motor-

¹⁾ Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Voranschlag der Eidgenossenschaft für das Jahr 1950 (vom 28. Oktober 1949).

fahrzeughallen in Rothenburg und Romont²⁾. Die Beschaffung der 175 Vampire-Düsenjäger und die für 1950 vorgesehene Umbewaffnung der letzten 24 Batterien Feldartillerie dürften in der Kostenvermehrung der Gruppe Sachausgaben zum Ausdruck kommen³⁾. Besondere Aufmerksamkeit aber verdienen die Personalaufwendungen der Militärverwaltung, deren Zunahme nicht nur durch erhöhte finanzielle Leistungen bedingt ist, sondern auch durch eine bereits wieder einsetzende *Personalvermehrung* von 10 239 auf 10 395 Arbeitskräften. Die wesentlichsten Personalveränderungen sind aus der nachstehenden Aufstellung ersichtlich:

	Arbeitskräfte:		
	Rechnung 1948	Voranschlag 1949	Voranschlag 1950
Remontendepot	475	496	522
Pferderegieanstalt	292	301	159
Militärflugplätze	1771	1559	1594
Festungswachtkorps	1900	1900	1880
Zeughäuser und Munitionsdepots	2527	2498	2790
Motorfahrzeugpark	170	291	344
Gesamte Militärverwaltung	10409	10239	10 395

Die Erhöhung des Personalbestandes der Zeughäuser und Munitionsdepots wird begründet mit der Umlagerung von Munition zufolge der verschiedenen Explosionen, die Verschiebung von Korpsmaterial durch die Truppenordnung 1947, den Unterhalt des stark vermehrten Funkmaterials, sowie durch die vom EMD angeordnete Bewachung der unterirdischen Anlagen. Es ist zu erwarten, daß die Finanzkommissionen der eidgenössischen Räte diese Personalvermehrungen besonders genau unter die Lupe nehmen und insbesondere die Begründung mit der Truppenordnung 1947 überprüfen. Wenn diese Begründung zutrifft und Korpsmaterialverschiebungen auf Grund der Truppenordnung 1947, die seit 1948 in Kraft ist, erst 1950 erfolgen würden, müßten in unserer Bereitschaft bedenkliche Lücken bestehen. Man stelle sich nur vor, ein Bataillon mobilisiere in A, während sein Korpsmaterial noch im Zeughaus B gelagert ist. Auch die Begründung für die Personalvermehrung beim Kavallerie-Remontendepot in Bern mit dem Abbau der Pferderegieanstalt ist befremdlich. Solange in Thun noch 159 Arbeitskräfte beschäftigt sind, ist es unverständlich, daß das Personal in Bern schon erhöht werden muß. Ein Abbau beim Depot wird nach der einmal beendigten Nachremontierung in Aussicht gestellt. Diese soll aber am 31. Dezember beendet sein, so daß nächstes Jahr nur noch die Reparaturen für die Rekruten des nächsten Jahres zugeritten werden müssen. Bei den 159 Arbeitskräften der Regieanstalt handelt es sich hoffentlich um den Bestand zu Beginn des Jahres 1950 und nicht um einen Durchschnittsbestand. Die Aufgaben der Regieanstalt sind durch die Motorisierung derart zusammengeschrumpft, daß die Aufhebung der Regie und die Verschmelzung mit dem Depot schon im Laufe des Jahres 1950 erfolgen sollte und nicht etwa erst auf Jahresende⁴⁾. Das Remontendepot aber sollte in der Lage sein, mit seinem bisherigen Personalbestand sowohl die Ausbildung der Reparaturen für die um 20 % reduzierte Kavallerie, als auch die wenigen Restaufgaben der Regieanstalt zu bestreiten. Es ist zu bezweifeln, daß die Budgetzahlen der beiden Pferdeanstalten einer ernsthaften Prüfung standhalten können.

²⁾ Bundesbeschlüsse vom 23. September 1948 (20,3 Mio.) und vom 24. März 1949 (19,7 Mio.).

³⁾ Bundesbeschlüsse vom 23. September 1947 (64,4 Mio.) und vom 24. März 1949 (108 Mio.) und sodann vom 22. Dezember 1948 (75,5 Mio.).

⁴⁾ Siehe auch «Eile mit Weile», Militärische Umschau vom März 1949, S. 784.

Eine Sparrundfrage beantwortete ein erfahrener Bundesbeamter, dessen Integrität und Loyalität über jeden Zweifel erhaben ist, hinsichtlich des Personalabbaus wie folgt:

«Auch hier braucht es die starke Hand. Wenn vom EMD aus gefragt wird, wo Personal eingespart werden könnte, dann werden doch selbstverständlich die Dienststellen keine Möglichkeit sehen. Falls dagegen einfach befohlen wird, der Personalbestand müsse um 10 % reduziert werden, dann wird dieser Befehl ausgeführt. Die Arbeit wird genau gleich geleistet, vielleicht noch besser, weil man sich dann vielerorts einfach überlegt, wie rationeller gearbeitet werden könnte».

Man begeht leicht den Fehler, die Zahlen des Voranschlages 1950 mit jenen des Voranschlages 1949 zu vergleichen. Die Budgetbotschaft begünstigt diesen Fehler, indem auch sie die Zahlen von 1950 denen von 1949 gegenüberstellt, ohne zu erwähnen, welche Veränderungen der Voranschlag von 1949 im Laufe dieses Jahres schon durch Kreditübertragungen vom Jahre 1948 und durch Nachtragskredite erfahren hat. Für den militärischen Ausgabenbereich ergeben sich folgende Zahlen:

Voranschlag 1949	397 Millionen
Kreditübertragungen	20,8 „ ⁵⁾
Nachtragskredite I. Serie	49,1 „ ⁶⁾
<hr/>	<hr/>
Totalkredite bis 15. November 1949	466,9 Millionen

Zufällig erreichen die Kredite für das laufende Jahr die gleiche Summe wie die Militärausgaben im Voranschlag 1950. Es ist aber zu bedenken, daß zu dieser Summe noch die zweite Serie von Nachtragskrediten 1949 hinzukommen wird, sowie Kreditüberschreitungen, die erst in der Staatsrechnung 1949 auftreten, während andererseits gewisse Kredite möglicherweise nicht voll ausgeschöpft werden. Kann die endgültige Summe der Militärausgaben 1949 erst aus der Staatsrechnung entnommen werden, so steht doch jedenfalls heute schon fest, daß diese Summe bedeutend höher sein wird als die 397 Millionen des Voranschlages.

Gestützt auf die umfangreiche Eingabe des EMD vom 28. Juni 1947 hat der Bundesrat Anfang 1948 im Finanzplan für die Zukunft ab 1950 jährliche Militärausgaben von 400 Mio. vorgesehen⁷⁾. Der Voranschlag für das erste «Planjahr» 1950 überschreitet diese Summe bereits um 66 Mio. oder um volle 16 %, die anderweitig gedeckten 52 Mio. nicht eingerechnet. Wie schon die Staatsrechnung von 1948 mit 422,9 Mio. und die provisorischen Zahlen für 1949 mit ebenfalls 466 Mio. beweisen, handelt es sich bei den Budgetzahlen von 1950 nicht um eine einmalige Überschreitung. Der Bundesrat stellt denn auch in der Budgetbotschaft allgemein fest, daß die Militärausgaben steigende Tendenz aufweisen und der Plafond von 400 Mio. nicht mehr eingehalten werden kann (S. 15 und 17). Diese Feststellung ist geeignet, in bezug auf die Finanzreform größte Bedenken zu wecken, aber sie darf im Grunde nicht überraschen, hat doch der Bundesrat schon in der Botschaft zur Finanzreform darauf hingewiesen, «daß ein fester, auf lange Sicht verbindlicher Plafond für die Militärausgaben nicht bestimmt werden kann, weder in Form einer absoluten Ziffer noch eines maximalen Prozentsatzes des Nationaleinkommens oder der gesamten Staatsausgaben des Budgets» (S. 363). «Es kann sich unter keinen Umständen darum handeln, für die Armee auf alle Zeiten einen jährlichen Aufwand

⁵⁾ Bundesbeschluß vom 24. März 1949.

⁶⁾ Bundesbeschluß vom 22. Juni 1949.

⁷⁾ Eidgenössisches Militärdepartement. Eingabe an den Bundesrat zur Frage der Bundesfinanzreform vom 28. Juni 1947 und Botschaft vom 22. Januar 1948 über die Neuordnung des Finanzhaushaltes. Bundesblatt 1948, I, S. 309 f.

von 400 Mio. festzulegen. Die künftigen Militärkredite werden heute überhaupt nicht präjudiziert» (S. 365).

Man hat diese weitsichtigen Warnungen vielleicht zu wenig beachtet und sich allzusehr der Hoffnung hingegeben, die 400 Mio.-Grenze könne auf längere Zeit hinaus eingehalten werden. Der Bundesrat ist teilweise mitschuldig an dieser Hoffnung, schrieb er doch noch Anfangs 1948: «Die 400 Millionen sind eine auf genauer Analyse beruhende Aufwandschätzung unter Voraussetzung größter Sparsamkeit» (S. 365). Nicht einmal zwei Jahre später muß der Chef des EMD den Freisinnigen des Kantons St. Gallen im Rietbad mitteilen, daß künftig jährlich mit 450 bis 500 Millionen Militärausgaben gerechnet werden müsse⁸⁾. Es scheint, die Analyse der künftigen Militärausgaben von 1947 sei doch nicht so genau gewesen, wie der Bundesrat 1948 glaubte, sofern man nicht annehmen will, es habe an der Sparsamkeit gefehlt. In einer ausgezeichneten Studie über die Militärausgaben kommt auch Hauptmann Rösch zum Schluß, die Denkschrift des EMD zur Bundesfinanzreform müsse als überholt bezeichnet werden⁹⁾. Aus der erwähnten Studie ist aber auch der Grund für das Ungenügen jener Analyse ersichtlich: man hat wohl jährliche Anschaffungen von modernem Kriegsmaterial in Rechnung gestellt, aber es wurde nicht berücksichtigt, daß mit der Beschaffung modernen Kriegsmaterials auch die jährlichen Unterhaltskosten fortwährend ansteigen. Die erwähnte Analyse entbehrte somit der Weitsicht.

Es fragt sich nun, ob jährliche Militärausgaben in der Höhe von 450 bis 500 Millionen für unser Volk tragbar sind. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus kann die Frage wohl bejaht werden, solange die Militärausgaben nicht 5 % des Volkseinkommens von 15 Milliarden überschreiten. Die 466 Millionen des nächsten Jahres sind erst 3,1 % des Volkseinkommens und die Grenze von 5 % wäre erst bei 750 Millionen erreicht.

Anders stellt sich die Frage in politischer Hinsicht, weil die erhebliche Störung des Finanzplanes von 1948 für die Finanzreform eine neue Lage schafft. Wenn nach den Aussagen von Bundesrat Kobelt die Wehrausgaben dauernd 450 bis 500 Mio. betragen sollten, so müßte dies den Bestrebungen für eine direkte Bundessteuer neuen Auftrieb geben, mit allen ihren gefährlichen Rückwirkungen auf die föderalistische Struktur unseres Bundesstaates. Solche Rückwirkungen würden sich in der Armee in verhängnisvoller Weise bemerkbar machen und der dadurch entstehende Schaden könnte auch durch eine Erhöhung der Militärkredite um 100 Mio. nicht aufgewogen werden. Diese eminent politischen Auswirkungen müssen daher den Bundesrat veranlassen, im Verlaufe des nächsten Jahres die Frage der künftigen Gestaltung der Militärausgaben «neuerdings einer besonders einläßlichen Prüfung» zu unterziehen (Budgetbotschaft, S. 17). Es wird die vornehmste Aufgabe einer solchen Prüfung sein, den heutigen Widerspruch zu beheben zwischen dem Finanzplan auf der einen Seite und den strategischen Konzeptionen der Landesverteidigungskommission und den Grundzügen einer künftigen Wehrordnung auf der andern Seite¹⁰⁾. Hoffentlich wird diese Prüfung sorgfältiger durchgeführt als die Analyse von 1947.

Für die Militärverwaltung aber muß in Zukunft in erhöhtem Maße der Grundsatz gelten, den das neue *Verwaltungsreglement* in Ziffer 21 für die Verwaltung der Armee aufstellt: *Im Dienstbetrieb ist bei allen Ausgaben größte Sparsamkeit zu üben. Alle nicht notwendigen Ausgaben sind zu vermeiden.*

Miles

⁸⁾ St. Galler Tagblatt, Nr. 472, 10. Oktober 1949.

⁹⁾ Hptm. W. Rösch: Militärausgaben und Bundesfinanzhaushalt. Allg. Schweiz. Militärzeitschrift 1949, S. 616 und 681.

¹⁰⁾ Bericht des Bundesrates vom 7. Januar 1947 zum Bericht des Generals über den Aktivdienst 1939—1945 und Chef des Generalstabes: Unsere Landesverteidigung (29. April 1948).